

# Groß-Berlin

## Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Eine Eingabe des Berliner Magistrats an den Reichspräsidenten.

Der Magistrat Berlin hat an den Reichspräsidenten und die zuständige Reichsbehörde folgende Eingabe gerichtet:

Die Presse meldet, daß die Zurückverlegung der Nationalversammlung nach Berlin um deswillen verweigert sei, weil der gegenwärtige Zustand des Reichstagesgebäudes die Aufnahme der Versammlung nicht gestatte, die Wiederherstellungsarbeiten vielmehr eine Frist von vier Monaten in Anspruch nehmen würden. Wir wissen nicht, ob diese Begründung zutrifft, ihre sachliche Unterlage möchte trotz des recht unordentlichen Zustandes des Gebäudes anfechtbar erscheinen. Wenn ein nachdrücklicher Wille zur Zurückverlegung sich geltend macht, ließe sich der Zeitraum sicher bedeutend abkürzen. Wie man sich an Ort und Stelle überzeugen kann, wird es in der Hauptsache auf eine Reinigung des Gebäudes ankommen und in einer Anzahl von Fällen für die Sitzgelegenheit zu sorgen sein. Der große Sitzungssaal ist bis auf die Grundmauern der angeblich unterirdisch gelegenen Tische und Stühle intakt, und nur außerhalb dieses Hauptraumes dürften hier und da kleine Ausbesserungs- und Ergänzungsarbeiten vorzunehmen sein.

Auf keinen Fall darf eine so nebensächliche Frage wie diese dauernd den Grund für das Verharren in einer von höheren Gesichtspunkten sehr bedenklichen Lage darstellen. Sonst würde einziehen, was wir in unseren Vorstellungen vom Januar dieses Jahres als Gegenstand unserer besonderen Befürchtung bezeichnet haben: daß die Verlegung, die zunächst auf vorübergehende politische Erwägungen gegündet war, von Monat zu Monat unter anderen Umständen aufrechterhalten wird, bis schließlich das Ergebnis eintritt, das man allseits vermeiden zu wollen erklärte.

### Die Rahmlegung der Reichshauptstadt.

Die Reichsregierung hat uns mit der Unterschrift des jetzigen Herrn Reichspräsidenten am 25. Januar mitgeteilt, daß auch die Zukunft von Berlin als Reichshauptstadt in Frage kommen könne. Wir schon jetzt sind durch die Tagung von nur zwei Monaten die Regierungsborgane derart zerfallen, daß man von einem Regierungs- und Verwaltungszentrum kaum noch sprechen kann. Wir nehmen an, daß die daraus resultierenden Unannehmlichkeiten auch auf Seiten der Regierung, des Parlamentes und alles dessen, was mit ihnen notwendig zusammenhängt, als lösend angesehen werden, wie denn auch die Presse von solchen Unzulänglichkeiten täglich berichtet und sich über sie beklagt. Wir aber können namens der dadurch betroffenen Bevölkerung bezagen, daß diese das Auseinanderfallen des Regierungsbetriebes bitter und schwer empfunden und zwar nicht etwa nur in der Reichshauptstadt selbst, sondern in allen Kreisen, die daraus angezogen sind, fortlaufend mit den Zentralbehörden in Berlin persönlich oder schriftlich zu verhandeln. Die Weiterungen, die daraus entstehen, daß niemand weiß und vorausberechnen kann, wo der Chef der Verwaltung sich aufhält oder aufhalten wird, daß man entweder in Berlin ohne die maßgebende Mitwirkung des Leiters oder in Weimar ohne das Vorhandensein der Unterlagen und sachkundigen Berater verhandeln muß.

### Die Zerspaltung und Verzögerung aller Entscheidungen.

Das alles beeinträchtigt die Einheitlichkeit, Klarheit und Stetigkeit des Geschäftsganges, der in Frage kommt. In einer Weise, die auf die Dauer unerträglich wird. Zum Schluß der Eingabe heißt es: „Nach über diese Erwägungen hinaus, so entscheidend sie sind, hebt sich die Rücksicht auf die allgemeine Politik, welche schwerer liegen muß, wenn der Mittelpunkt der staatsrechtlichen Entscheidung mit dem Mittelpunkt der Wirtschaft, des Verkehrs und des Staatslebens nicht zusammenfällt. Wir nehmen nicht ausschließlich das Interesse der Stadtgemeinde Berlin, sondern das aller Staatsbürger wahr, wenn wir an die Aufgabe des Schreibens vom 25. Januar ernst mahnen und die Bitte aussprechen, die Hindernisse der Erhaltung der Nationalversammlung in Berlin tatkraftig und durch Gegenströmung imbedeutend beseitigen zu wollen.“

### Die Kartoffelbewirtschaftung 1919.

Das Kartoffelministerium wird mitgeteilt: Ebenso wie in den letzten Jahren werden auch im kommenden Jahre die frühesten Sorten, die in Mecklenburg, Pommern und Gärten der Küstenprovinzen gezogen sind, von der Festlegung eines einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Bewirtschaftung, und zwar bis zum 30. Juni 1919, ausgenommen bleiben. Mit dem 1. Juli wird mit Rücksicht auf die Ernährungslage eine Bewirtschaftung der Frühkartoffeln nach Art der vorjährigen eintreten. Nach der inzwischen erlassenen Verordnung des Reichsernährungsministeriums erfolgt die Preisregelung gleichfalls im wesentlichen wie 1918: Der Grundpreis beträgt demnach im Monat Juli acht Mark für den Zentner. Er kann aber durch die Landes- und Provinzialverwaltungen nach den Verhältnissen in ihrem Ansbereich mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle wiederum erhöht werden, und zwar in Abweichung von der Regelung des Vorjahres bis zur Höchstgrenze von zwölf Mark für den Zentner. Im August und September ist jedoch der Preis durch die genannten Stellen auf den demnach festzusetzenden Preis für Herbstkartoffeln zu senken.

### Verkehrsänderungen auf der Berliner Stadtbahn.

Vom Sonnabend, 19. d. M. ab werden die Züge der Vorortstrecke Potsdam-Erfurter, die bis jetzt auf dem Bahnhof Charlottenburg bzw. Schlesischen

Bahnhof endeten, voraussichtlich wieder über die Stadtbahn geführt werden. An die Stelle der Wendelzüge zwischen Stralau-Mummelsburg und Westend treten an Werk- wie auch an den Sonn- und Festtagen die Vorortzüge Potsdam-Erfurter bzw. Grunewald-Friedrichshagen, während die Wendelzüge zwischen Dichtenberg und Grunewald als Anschlüsse von der Ringbahn zur Stadtbahn und umgekehrt bestehen bleiben. Die Nord- und Südtrasse verkehren weiterhin als Volltrasse. Reisende, die vom Nordring bzw. Südtrasse nach den Stadtbahnstationen gelangen wollen, müssen also in Trepstov, Stralau-Mummelsburg, Westend oder Katzentse umsteigen.

### Trockengemüse.

Vor zwei Jahren bekamen wir Dörrengemüse vom Berliner Magistrat, in diesem Jahre wird es Trockengemüse geben. Der Unterchied? Das Dörrengemüse kam aus Holland, bestand aus Kohl, Sand und Karstoffsalzen, war ungenießbar; Trockengemüse ist in der holländischen Dörreffabrik hergestellt, ist frei von „Zutaten“, ist vollständiger Ersatz für das Frischgemüse, denn durch die Trocknung nichts als das leicht ersehbare Wasser entzogen wurde. Wirklich voller Ersatz! Die Hausfrauen Berlins mögen meinem ehelichen Gesicht glauben, denn ich habe es selbst gegessen. Wir waren geladen, zur Beschichtigung und zum Probieren. Wir gingen durch den Riesenspeicher am Elisabeth-Platz, sahen die Tausende von Kisten und Säcken mit getrocknetem Mohrrüben, Rotkohl, Kohlrabi, Spinat, mit getrockneten Möhrchen und Zwiebeln; wir ließen uns sagen, daß allein in diesem Hause 40 000 Zentner Trockengemüse — gleich 500 000 Zentner oder 2 500 Waggons Frischgemüse — lagern, daß Berlin jedem seiner zwei Millionen Einwohner, auch Säuglinge und Kranke, 17 Tage lang täglich je 50 Gramm Trockengemüse zuweisen könnte, daß seine Vorräte sogar 25 Tage ausreichen, wenn die Säuglinge und Kranke eingezeichnet werden. Es wuchs ja im vorigen Jahre viel Kohl, Spinat und anderes; das hat der Berliner Magistrat zumge gemacht, er hat Riesensammlungen eingeleitet und im verheereten Trockenverfahren durch einen Hochmann ersten Ranges für die gemischte Frühlingszeit sich halber machen lassen. Berlin erziehe, denn wir sind, sehr ein Gericht aus Trockengemüse schmeckt vortrefflich. Ohne Lieber-treibung, natürlich, wenn genügend Fett drin ist. F. W.

### Aus der städtischen Sozialreformkommission.

Die für die Frage der Sozialisierung eingeleitete Deputation war gestern im Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Remuth zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Einstimmig gab man der Ansicht Ausdruck, daß eine gemeinschaftliche Tätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiete der Kommunalisierung sich nur auf Grund eines Gesetzes entwickeln könne, das die wichtigsten Fragen, wie den Übergang der Polizei auf die Gemeinden und die Frage der Entscheidung in zweifelhafte Weise regelt. Für Berlin kommt ferner hinzu, daß der Zusammenschluß aller Groß-Berliner Gemeinden ebenfalls die Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunalisierung bildet. Es wurde beschlossen, an die Regierung wegen schleunigen Erlasses eines solchen Gesetzes heranzutreten und sich mit den Groß-Berliner Gemeinden in Fühlung zu halten. Ferner wurden die einzelnen Gebiete kommunaler Beteiligung durchgegangen und es wurde beschlossen, sich vorbehaltlich weiterer Gebiete gemacht der Frage, ob und in welchem Umfang eine Kommunalisierung zweckmäßig ist, auf den Gebieten des Verkehrs, der Milch, des Anschlagewesens, der Rohle, der Gesundheitspflege und des Bekleidungswezens, des Kleiderhandels und Wohnungswezens zugewenden.

### Verkauf von Auslandsmehl in Brich.

Von heute, nachmittags 2 Uhr, ab gelangt das amerikanische Weizenmehl zur Verteilung. Die Abgabe erfolgt zum Teil in der Filiale der Konsumgenossenschaft, Weberstraße 60, zum Teil auf dem Lagerplatz der Gemeinde in der Nachenstraße. Zur Ausgabe gelangt 1/2 Pfund Mehl je Person auf Abchnitt 14 der Groß-Berliner Lebensmittelliste. Der Verkauf geschieht außer der Reihenfolge, und ist es jedem freigestellt, entweder am Lagerplatz oder in der Konsumgenossenschaft zu kaufen.

### Kommunalisierung der Speisefestungskasse.

Die Frist für die Veranmeldung zur Speisefestungskasse in den sechs Groß-Berliner Stadtgemeinden und den 25 Gemeinden (Quartieren) des Landkreises Lektow, die zur Feststelle Groß-Berlin gehören, läuft am Sonntag, 20. April ab. Auch wer bereits in eine Kundenzettel eingetragen ist, hat sich von neuem anzumelden. Fristversäumnis hat Ausschluß vom Speisefestzug für mehrere Monate zur Folge.

### Milchgewinn.

Die Abteilung für Fischverwertung gibt bekannt: Milchgewinnung vom 15. April wird im Bezirk der Stadtgemeinde Berlin auf den Abchnitt Y der Berliner Lebensmittelliste 1/2 Liter Milch zu 1 Mark 20 Pfennig, unabhängig von der Eintragung in die Kundenzettel, abgegeben. Der Buchstabe Q behält bis weiteres Geltung. Kunden, die noch über den Abchnitt Q verfügen, müssen bevorzugt werden.

### 290 Prozent Gemeindefiskussteuer in Brich.

In der Bricher Gemeindevertretung wurde der Zuschlag zur Staats-einkommensteuer auf 290 Prozent, die Gemeindegewerbesteuer der Klassen I und II auf 220, der Klasse III auf 200 und der Klasse IV auf 180 Prozent von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen. Ferner gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Einkommen-einkommensteuer wird von physischen Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 1500 Mark, die in Brich ihren Wohnsitz haben, nicht erhoben.

### Die Abstempelung der Kontrollkarten.

Die Arbeitslosenversicherung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin mittel, verzichtet sie mit Rücksicht auf die Feiertage in der laufenden Woche auf die dritte Abstempelung und für die kommende Woche auf die erste Abstempelung der Kontrollkarten bei den Arbeitsnachweisen.

Es sind also in beiden Wochen statt der sonst vorgeschriebenen drei Stempel nur zwei Stempel erforderlich.

## Der Streik der Rotschlächter.

Eine Entschliebung der Rotschlächtergesellen.

Wie wir berichteten, sind seit dem 8. April die Rotschlächter in Groß-Berlin in den Streik getreten. Sie wollen mit diesem Schritt die Regierung zwingen, die festgesetzten Höchstpreise aufzuheben, oder doch wenigstens sehr hoch hinaufzuschrauben. Es ist selbstverständlich, daß der „Schußerband der Rotschlächter und verwandter Gewerbe“, die Organisation der Rotschlächter, dieses Vorhaben mit vielen schönen Worten zu entschuldigen und zu begründen sucht. Wir wollen daher Fachleute, die Rotschlächtergesellen, zu dem Streik der Rotschlächter sprechen lassen. Der „Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin)“ schreibt uns:

Eine stark besuchte Versammlung der ausgesperrten Rotschlächtergesellen Groß-Berlins nahm dieser Tage Stellung zu dem Streik der Arbeiter. Der Referent Pollin geißelte das Verhalten des Rotschlächter-Schußerbandes. Die Meister selber haben die Preise der Pferde so in die Höhe getrieben, daß im Schlachthandel jeder Preis für Fleisch und Wurst gezahlt wird. Die einzige Möglichkeit, das Rotschlächterfleisch wieder dem Volke zugänglich zu machen, ist die öffentliche Bewirtschaftung durch die kommunale Fleischverwertungsstelle und eine scharfe Kontrolle, die den Schlachthandel unterbindet. Vorbedingung dafür ist aber, daß von der zuständigen Behörde auch Radfahrer aus den Arbeitskreisläufen hinzugezogen werden. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sämtlichen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen der Groß-Berliner Gemeinden angelobte. In der Resolution heißt es unter anderem:

Die dieser Tage in Boesers Festsaal, Weberstraße 17, versammelten ca. 1000 Rotschlächtergesellen Groß-Berlins erheben schärfsten Protest gegen das Vorgehen der Arbeitgeber, welche durch den Streik die ärmere Bevölkerung eines wichtigen Nahrungsmittels berauben. Die Arbeitgeber fordern durch den Rotschlächterschußerband die Aufhebung der Zwangswirtschaft, um bei freiem Handel die Konsumenten noch mehr ausbeuten zu können als bisher. Die Höchstpreise lehnt sich der Rotschlächterschußerband selbst fest und schaltet die Behörde gänzlich aus. Wir erwarten, daß die zuständige Behörde energische Maßnahmen trifft, um der Sabotage des Rotschlächterschußerbandes Einhalt zu gebieten. Angesichts der Zwangslage sehen wir uns heute nochmals gezwungen, unsere Forderungen auf öffentliche Bewirtschaftung des Rotschlächterfleisches durch die Kommunen erneut zu erheben. Ein großer Teil der Geschäftsinhaber arbeitet ohne die behördliche Konzession, sie sind weder Schlächter, noch haben sie je etwas mit unserem Gewerbe zu tun gehabt, es wird lediglich die augenblickliche Konjunktur ausgenutzt.

Wir wenden uns nunmehr an die Stadtverordnetenversammlung und erheben diese, den Magistrat zu beauftragen, die Bewirtschaftung des Rotschlächterfleisches durch die kommunale Fleischverwertungsstelle vornehmen zu lassen, unter Mitwirkung der Arbeitnehmer. Die Verhandlungen übertragen wir dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Auch wir hatten, als wir über den Streik der Rotschlächter Mitteilung machten, gefordert, daß an Stelle des bisherigen Zustandes eine öffentliche Bewirtschaftung der Schlachtpferde und des Rotschlächterfleisches treten möchte. Unsere Forderung wird hiermit von den sachkundigen Rotschlächtergesellen unterstützt.

### Mausfallen in einer Weinstube.

In der Weinstube von 3 Saal, an der Jerusalemische Straße 1, erschien ein Mann in selbiger Uniform, bedrohte die allein anwesende Kassierin Buchholz mit vorgehaltenem Revolver und nahm ihr die Briefstafel mit 220 Mark Inhalt ab. Trotz der Hilferufe der Nebensitzenden entkam er unbehelligt.

### 29 000 Mark verloren.

Einen empfindlichen Verlust erlitt ein Herr auf dem Wege vom Bahnhof Bellevue nach dem Zoologischen Garten. Er verlor seine Briefstafel, die 26 800 Mark bares Geld und verschiedene, für den Verkäufer wichtige Papiere enthielt. Das Geld bestand aus 27 neuen Eintausendmarkstücken mit grünem Stempel, einem Tausendmarkstücken mit rotem Stempel, zwei Hundertmarkstücken, sieben Fünfhundertmarkstücken, der Rest aus Fünfmarkstücken. Die Briefstafel war noch neu und aus schwarzem Samtleder gefertigt. Der Verkäufer hat auf die Wiederbeschaffung der Tafel und ihres Inhalts eine Belohnung bis zu 5000 Mark ausgesetzt.

### Vermisster Rechtsanwalt.

Seit dem 7. d. M. ist der 38 Jahre alte Rechtsanwalt Dr. Erich Cohn aus der Lindenstraße 3 zu Stiefeln verschwunden. Da bisher noch keine Spur von dem Vermissten aufgefunden worden ist, rechnen die Angehörigen damit, daß dem nervenkranken Mann ein Unglück zugefallen ist. Möglich ist auch, daß er sich seines Lebens wegen ein Leid angetan hat. Es muß aber auch damit gerechnet werden, daß der Kranke vielleicht ein Sanatorium aufgesucht hat oder in Berlin plan- und ziellos umherirrt. Der Vermisste ist mittelgroß und kräftig gebaut, hat braunes, dichtes Haar und einen eben solchen, kurzgeschornen Schnurrbart, ein fröhliches, rundes Gesicht mit dunkelbraunen, etwas vorstehenden Augen und einen großen Mund mit starken Lippen.

### Großfeuer in der Landsberger Allee.

Großfeuer in der Landsberger Allee. Grobfeuer kam gestern vormittags aus noch unangefackter Ursache im Nordosten von Berlin, Landsberger Allee 105, an der Weichbildgrenze von Berlin, nahe dem Viehhof, auf dem Gelände der Böhmischen Erben zum Ausbruch und machte der Berliner Feuerwehr viel Arbeit. Als die ersten Löscharbeiten auf der Brandstelle anliefen, standen mehrere Holzschuppen der Holzhandlung von Rudolf Forstmann und der Baumaterialienhandlung von Heinrich Exner in Flammen. Diese hatten teilsige Nahrung an Brettern, Balken, Läden und Fenstern gefunden und gefährdeten das anstößende Laubengelande. Das Feuer war weithin sichtbar und griff mit solcher Schnelligkeit um

Man lacht wieder...



...er hätte noch ein Stöckchen Bier von seinem Glasheber niern, und eine letzte Glasche Wein...

Es war die höchste Zeit, daß er kam! Die Welt schien schon ganz trist und humorlos zu werden! Nun ist er wieder da, der alte Satyr unter seinem alten Herausgeber Nagels, aber in einem ganz neuen, originellen Gewand! Zweifarbig, in großem Zeitungsstil, flott, boshaft, pikant und störmäßig wie eine tolle Künstler-Gespinnstung auf einem lustigen Kleiderfest! Mit seinen treffenden Satiren, famosen Karikaturen, mit seinen pikanteschen Novellen und anstehenden Stoffen und Schürzen, die manchmal um Törlachen sind, erfreut er jedermann und vergöttert mit seinem Humor — oder Galgenhumor — den Ernst unserer trübten Zeit.

Aber der Satyr spiegelt nicht nur im Gesicht der Satire und Karikatur, er veranschaulicht das, was uns im Jenseits der Buchstaben aktuellere Romane. Der eben erscheinende schildert in packenden Bildern die Stürmische des Spartacus-Aufstands in Berlin und das Werden und Wachsen dieser Spartacus-Herrschaft. Eine bisher harmlose Wärgersfrau wird durch Machenschaften ihres verdrehten Viehhalters und durch die Reizung zu einem idealistischen Schwärmer in diese Bewegung verstrickt. Der aktuelle Stoff und die spannende Handlung erregen großes Aufsehen!

Aber nicht nur interessant und lustig, auch lächelhaft billig ist der rühmlich einmal erscheinende Satyr! Für ein paar Pfennige kann man ihn durch die Post beziehen! Es sollte deshalb niemand veräumen, den Beispiel der Zeitspende, die sich jede Woche am Sonntag ergeben, zu folgen und bei der Post ein Abonnement für Mai und Juni nehmen, das, sage und

schreibe, ganze neunzig Pfennige kostet! Das Risiko ist winzig klein, das Vergnügen riesengroß! Es ist auch so bequem; man braucht nicht einmal zur Post zu gehen, man schreibt einen Zettel: Hiermit bestelle ich die Wochenschrift Satyr, Zeitungslite Nachtzug 4, für Mai/Juni für 90 Pf. einschließlich Bestellgeld frei ins Haus. Diesen Zettel (nicht zu klein, sonst geht er verloren) muß man leserlich und genau mit seiner Adresse (Namen, Ort, Straße und Nummer) unterschreiben und bringen ihn dann nur jenem Postboten zu geben oder unfrankiert in einen Postkasten zu werfen, dann wird der Betrag kastert und das Blatt geliefert! Aber man muß sofort bestellen, sonst erhält man bei unseren schwierigen Verkehrsverhältnissen womöglich die erste Mainummer nicht, die ganz interessant und sehr hier ist! Und dann ist man gemeinert wie der Herr hier unten!

Also den Zettel dem Briefträger geben oder in den Postkasten werfen, nicht aber ihn an den Satyr-Verlag, Berlin, Wilhelmstraße 118, senden, wo man sich nur Zeitungshändler wenden wollen.

